

## Antwort

der Landesregierung  
auf die Kleine Anfrage 961  
des Abgeordneten Péter Vida  
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe  
Drucksache 6/2224

### **Umgang mit den Leitlinien der Landesregierung und dem Vorsorgeprinzip der EU durch Regionale Planungsgemeinschaften**

Wortlaut der Kleinen Anfrage 961 vom 4.8.2015:

Die Landesregierung Brandenburg hat in den letzten Jahren eine Vielzahl von Leitlinien zur Ausweisung von Windeignungsgebieten erlassen. Diese sollen unter anderem sicherstellen, dass die Regionalen Planungsgemeinschaften keine Windeignungsgebiete ausweisen, die unvertretbare Schäden an Natur und Artenvielfalt verursachen würden. Dies ist insbesondere deshalb notwendig, da Brandenburg bereits jetzt bundesweit die meisten Todesfälle durch Windräder bei Fledermäusen zu verzeichnen hat und auch bei vielen bedrohten und geschützten Vogelarten einen traurigen Spitzenplatz einnimmt. Jedoch zeigt sich in der Praxis, dass diese Leitlinien häufig ignoriert werden. So etwa am Beispiel des Liepnitzwaldes bei Wandlitz (Barnim). Nach dem aktuell vorliegenden Stand nehmen reine Nadelwaldforste nur noch weniger als 25% innerhalb des verbleibenden WEG (Teilbereich Wandlitz) ein. Ca. 75% der Fläche sind hochwertiger Mischwald/Laubwald sowie teilweise nach § 30 BNatSchG geschützte Laubwaldbestände. Windpark Wandlitz - Waldanteile für Teilbereich der Gemeinde Wandlitz - Stand 05/2015

<b>Waldtyp</b>	<b>Fläche in m²</b>	<b>Anteil</b>
Laubwald/-forst	5.665	0,3%
Laubwald (geschützt)	70.429	3,7%
Mischwald/-forst	1.357.631	71,1 %
Nadelwald/-forst	470.274	24,6%
Sonstiges	4.316	0,2%
<b>Summe</b>	<b>1.908.316</b>	<b>100,0%</b>

Nach MUGV (2014) sind Laubmischwälder alle Bestände mit einem Anteil von gebietsheimischen Laubholzarten über 50% und einem Nadelholzanteil unter 50%. Auf Grundlage der Kartierung durch Düvel (2012) und Trias (2013) gelten ca. 75% der Fläche des potenziellen WEG Wandlitz (Teil Wandlitz) als Laubholzbestände (Hauptbaumart Buche) mit einem geringen Nadelbaumanteil. Nach Windkrafterlass (MUGV 2012, Anlage 1 Pkt. 9 – Gebiete mit besonderer Bedeutung für den Fledermausschutz) sind Laub- und Laubmischwälder für die Ausweisung von Windeignungsgebieten ungeeignet. Nach Leitfaden des Landes Brandenburg für Planung,

Datum des Eingangs: 27.08.2015 / Ausgegeben: 01.09.2015

Genehmigung und Betrieb von Windkraftanlagen im Wald (MUGV 2014) ist zum Schutz von Fledermausvorkommen auf die Ausweisung von Windeignungsgebieten in den Laub- und Laubmischwäldern zu verzichten. Die Mitglieder der Regionalen Planungsgemeinschaft Uckermark-Barnim wurden mehrfach auf diesen Sachverhalt hingewiesen. So auch während der Sitzung am 26. Mai 2015 in Angermünde. Dennoch wurde beschlossen, das im Naturpark Barnim liegende Waldgebiet als Windeignungsgebiet auszuweisen. Die Begründung in der Sitzung der Regionalen Planungsgemeinschaft lautete, dass es sich bei den Leitlinien um eine „Kann“-Bestimmung handele, die von der Regionalen Planungsgemeinschaft nicht zwingend zu beachten sei.

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Handelt es sich bei den in Rede stehenden Leitlinien tatsächlich nur um "Kann"-Bestimmungen?
2. Wie bewertet die Landesregierung die geschilderte Missachtung der Leitlinien der Landesregierung durch die Regionale Planungsgemeinschaft Uckermark-Barnim?
3. Welche Konsequenzen hat die geschilderte Missachtung der Leitlinien durch die Regionale Planungsgemeinschaft Uckermark-Barnim für das ausgewiesene Windeignungsgebiet Wandlitz?
4. Welche Konsequenzen haben aktuell derartige Missachtungen der Leitlinien durch die Regionalen Planungsgemeinschaften im Allgemeinen?
5. Welche zusätzlichen Maßnahmen plant die Landesregierung, um zukünftig bei den Regionalen Planungsgemeinschaften die Einhaltung der von ihr selbst erstellten Richtlinien für Natur- und Umweltschutz durchzusetzen?
6. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung eingeleitet, um die Planung der Windeignungsgebiete entsprechend dem geforderten Risiko- und Vorsorgeprinzip der EU-Kommission (I32042) durchzuführen?
7. Wann hat die Landesregierung die Regionale Planungsgemeinschaften über die zu ergreifenden und durchzuführen Maßnahmen nach dem Risiko- und Vorsorgeprinzip der EU-Kommission in Kenntnis gesetzt und dies veröffentlicht?
8. Wenn die Landesregierung keine Maßnahmen zum Schutz angesichts möglicher Gefahren für die Gesundheit von Menschen und Tieren nach dem Risiko- und Vorsorgeprinzip der EU-Kommission ergriffen hat, mit welcher Begründung hat sie dies unterlassen?
9. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung, um die Zahl der Schlagopfer unter gefährdeten, bedrohten oder geschützten Arten (Fledermäuse und Vögel) beim weiteren Ausbau der Windkraft nicht weiter ansteigen zu lassen?

Namens der Landesregierung beantwortet die Ministerin für Infrastruktur und Landesplanung die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1: Handelt es sich bei den in Rede stehenden Leitlinien tatsächlich nur um "Kann"-Bestimmungen?

Zu Frage 1: Bei den o.g. Dokumenten handelt sich nicht um Leitlinien oder Bestimmungen für die Regionalen Planungsgemeinschaften (RPG), sondern um eine Informationsbroschüre für die Öffentlichkeit („Leitfaden“) bzw. einen verwaltungsinternen Erlass mit Hinweisen für die Naturschutzbehörden („Windkrafterlass“) des zuständigen Fachministeriums.

Frage 2: Wie bewertet die Landesregierung die geschilderte Missachtung der Leitlinien der Landesregierung durch die Regionale Planungsgemeinschaft Uckermark-Barnim?

Frage 3: Welche Konsequenzen hat die geschilderte Missachtung der Leitlinien durch die Regionale Planungsgemeinschaft Uckermark-Barnim für das ausgewiesene Windeignungsgebiet Wandlitz?

Zu Frage 2 und 3: Es handelt sich nicht um Missachtung von Leitlinien, siehe Antwort zu Frage 1. Die RPG führt zurzeit ein öffentliches Beteiligungsverfahren durch. In dem noch bis 07.10.2015 ausliegenden Entwurf für den Regionalplan ist der Bereich um den Liepnitzsee bis hin zur Autobahn A 11 nicht mehr enthalten (siehe [www.uckermark-barnim.de/regionalplan/fortschreibung-2011-tp2/entwurf-2015.html](http://www.uckermark-barnim.de/regionalplan/fortschreibung-2011-tp2/entwurf-2015.html)). Erst am Ende des Verfahrens werden alle eingebrachten Belange unter- und gegeneinander abgewogen, sofern und soweit sie für die Regionalplanung relevant sind. Die Abwägungsentscheidung trifft die Regionalversammlung.

Frage 4: Welche Konsequenzen haben aktuell derartige Missachtungen der Leitlinien durch die Regionalen Planungsgemeinschaften im Allgemeinen?

Frage 5: Welche zusätzlichen Maßnahmen plant die Landesregierung, um zukünftig bei den Regionalen Planungsgemeinschaften die Einhaltung der von ihr selbst erstellten Richtlinien für Natur- und Umweltschutz durchzusetzen?

Zu Frage 4 und 5: Den RPG obliegt als Körperschaften des öffentlichen Rechts die Pflichtaufgabe, in eigener Verantwortung rechtskonforme Regionalpläne aufzustellen, fortzuschreiben, zu ändern und zu ergänzen. Über die gesetzlichen Verfahrensvorschriften und landeseigenen Verfahrenshinweise ist sichergestellt, dass Belange des Natur- und Umweltschutzes in die Planung einfließen. Weitere Maßnahmen sind nicht erforderlich.

Frage 6: Welche Maßnahmen hat die Landesregierung eingeleitet, um die Planung der Windeignungsgebiete entsprechend dem geforderten Risiko- und Vorsorgeprinzip der EU-Kommission (I32042) durchzuführen?

Frage 7: Wann hat die Landesregierung die Regionale Planungsgemeinschaften über die zu ergreifenden und durchzuführen Maßnahmen nach dem Risiko- und Vorsorgeprinzip der EU-Kommission in Kenntnis gesetzt und dies veröffentlicht?

Frage 8: Wenn die Landesregierung keine Maßnahmen zum Schutz angesichts möglicher Gefahren für die Gesundheit von Menschen und Tieren nach dem Risiko- und Vorsorgeprinzip der EU-Kommission ergriffen hat, mit welcher Begründung hat sie dies unterlassen?

Zu Fragen 6 bis 8: Bei der Aufstellung von Regionalplänen ist nach den gesetzlichen Bestimmungen eine Umweltprüfung durchzuführen, in der die voraussichtlichen erheblichen Auswirkungen des Planes auch für Menschen und Tiere zu ermitteln und in einem Umweltbericht zu beschreiben und zu bewerten sind. Die Umweltprüfung bezieht sich auf das, was nach gegenwärtigem Wissensstand und allgemein anerkannten Prüfmethoden sowie nach Inhalt und Detaillierungsgrad des Raumordnungsplans angemessenerweise verlangt werden kann. Bei geringfügigen Änderun-

gen von Regionalplänen kann von einer Umweltprüfung abgesehen werden (§ 9 i.V.m. § 8 ROG, Art. 8a LPIV und § 2a RegBkPIG; vgl. auch EU-RL 2001/42/EG vom 27.06.2001). Weitergehende Maßnahmen sind auf Ebene der Regionalplanung nicht erforderlich.

Frage 9: Welche Maßnahmen plant die Landesregierung, um die Zahl der Schlagopfer unter gefährdeten, bedrohten oder geschützten Arten (Fledermäuse und Vögel) beim weiteren Ausbau der Windkraft nicht weiter ansteigen zu lassen?

Zu Frage 9: Die für die Zulassung von Windenergieanlagen zuständige Behörde berücksichtigt bei ihren Entscheidungen - neben anderen naturschutzrechtlichen Vorschriften - auch die geltenden Regelungen zum Artenschutz. Stehen diese entgegen, wird eine Zulassung nicht erteilt.